

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Das unbelehrbare Unternehmertum



Die entsetzliche Arbeitslosigkeit der zweieinhalb Millionen schreit geradezu zum Himmel. Reich, Staat und Kommune feuern unter den finanziellen Lasten, die ihnen diese aufbürdet. Das Unternehmertum, das jede Sozialpolitik als einen Feind seines Geldsackes bekämpft, jammert ebenfalls über die starke Belastung der Wirtschaft durch die Erwerbslosenunterstützung. Jeder einsichtige Sozial- und

Die bereits im ersten Entwurf als Fortschritt gegenüber der zurzeit noch geltenden Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 vorgesehene Verpflichtung auf Zahlung eines Ueberstundenzuschages von 25 Proz. soll zwar noch etwas verschärft werden. Diese Bestimmung ist aber mit so viel Vorbehalten versehen, daß praktisch ein Zwang zur Zahlung eines Lohnzuschlages nur für einen beschränkten Teil der Ueberstunden in Frage kommt. Andererseits erfahren andere Bestimmungen erhebliche Verschlechterungen. Der Aufhebung

Kulturpolitiker sieht mit Grauen die steigende Demoralisation und physische Not unter den Arbeitslosen. Diesem Elend zu wehren, sehen die Gewerkschaften alle Kräfte ein. Sie fordern zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit Begrenzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden, um Arbeitsplätze freizubekommen, ferner Erhöhung der Löhne, um die Kaufkraft der arbeitenden Klasse zu heben und durch diesen gesteigerten Konsum die notwendig werdende Produktion zu erhöhen. In diesen Grundgedanken werden sie unterstützt durch einsichtige Wirtschaftspolitiker, aber noch mehr durch die praktischen Erfahrungen, die damit die in der Ausbeutung der Arbeiter sicher nicht prüden Kapitalisten Amerikas gemacht haben.

Was tut nun das deutsche Unternehmertum? Sozialpolitisch rückständig und reaktionär, ist es der Belehrung nicht zugänglich, daß Sozialpolitik auch ihm nützlich ist. So stemmt es sich gegen jede Arbeitsreform, die dem Arbeiter zugute kommt, und hat somit auch die Rationalisierung seiner Betriebe nur auf Kosten der arbeitenden Schichten durchgeführt. Darum kämpft es auch mit ganzer Gewalt gegen das von den Gewerkschaften beantragte Arbeitszeitnotgesetz. Und darum mußten wir auch erleben, daß das Instrument des bornierten Kapitalismus, die Bürgerblockregierung, einen Arbeitsgesetzentwurf fabrizierte, der ob seines reaktionären Inhalts von den freien und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften entschieden abgelehnt wurde. Die Christlichen standen infolge ihrer Bürgerblockfreunde im Zentrum, bei den sogenannten Volksparteien und bei den Deutschnationalen verächtlich beiseite.

Inzwischen haben die Bürgerblockfreunde die Köpfe noch einmal zusammengesteckt und beschieren nunmehr der Öffentlichkeit einen neuen Entwurf, der noch schlechter als der erste ist.

Lied der Arbeit

Ungezählte Hände sind bereit,
Stützen, heben, tragen unsere Zeit.
Jeder Arm, der seinen Amboss schlägt,
Ist ein Atlas, der die Erde trägt.

Was da surrt und schnurrt und klirrt und stampft,
Aus den Essen glühend loht und dampft,
Räderrollen und Maschinenklang,
Ist der Arbeit mächtiger Gesang.

Tausend Räder müssen tausend geh'n,
Tausend Spindeln sich im Kreise dreh'n,
Hammer dröhnend fallen Schlag um Schlag,
Daß die Welt nur erst bestehen mag.

Tausend Schläfen müssen fiebernd glüh'n,
Aber tausend Hirne Funken sprüh'n,
Daß die ewige Flamme sich erhält,
Licht und Wärme spendend aller Welt.

Karl Dröger

des hart umstrittenen Absatzes 3 des § 11 steht gegenüber die Neufassung des § 10, die in Zukunft gestatten soll, daß die zehnstündige Arbeitszeit ohne besondere Genehmigung überschritten werden darf, wenn sonst das Ergebnis der Arbeit gefährdet oder ein unverhältnismäßig großer wirtschaftlicher Schaden verursacht werden würde. Allerdings soll dieses nur zulässig sein für eine geringe Zahl von Arbeitnehmern und nur an einzelnen Tagen. Es wird also der Ausnahmeharakter einer solchen Ueberarbeitung des Zehnstundentages festgelegt werden. Da jedoch diese Ueberarbeit nicht an eine Genehmigung gebunden ist, sondern der Arbeitgeber nach eigenem Gutdünken die Ueberarbeit anordnen kann, wäre die Nachprüfung der Berechtigung nur im Wege des gerichtlichen Verfahrens möglich. Es wird dadurch hintenherum wieder möglich gemacht, was der Absatz 3 des § 11 zuließ.

Besondere Beachtung verdient, daß nach § 10 Ueberarbeitung der zehnstündigen Arbeitszeit, und zwar ohne irgendeine nähere Befristung, auch möglich sein soll in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig von dem Willen des Betroffenen eintreten und nicht auf andere Weise zu beseitigen sind. Auch hier wird dem größten Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Der neue Entwurf soll weiter die Möglichkeit schaffen, daß bei Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten die zehnstündige Arbeitszeit ohne eine besondere Genehmigung überschritten werden kann. Alle diese Bestimmungen lassen erkennen, daß sich die Unternehmerinteressen in den Koalitionsparteien und in der Regierung auf der ganzen Linie durchgesetzt haben.

Damit jeder unserer Leser selbst zu dem Monstrum der

Regierung Stellung nehmen kann, setzen wir den neuen Entwurf zum Arbeitszeitnotgesetz hierher:

1. Der § 6 erhält folgenden Absatz 3: War die Arbeitszeit tarifvertraglich geregelt und ist der Tarifvertrag seit nicht mehr als drei Monaten abgelaufen, so dürfen die im Absatz 1 bezeichneten Behörden nicht längere Arbeitszeiten zulassen, als nach dem Tarifvertrag zulässig gewesen wäre.

2. Der bisherige Absatz 3 des § 6 wird Absatz 4.

3. Hinter den § 6 wird folgender § 6a eingeschaltet: Wird auf Grund der §§ 3, 5, 6, 9 oder 10 Absatz 2 Mehrarbeit geleistet, so haben die Arbeitnehmer mit Ausnahme der Lehrlinge für die über die Grenzen des § 1 Satz 2 und 3 hinausgehende Arbeitszeit Anspruch auf eine angemessene Vergütung über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus. Dies gilt nicht, soweit die Mehrarbeit auch nach den §§ 2, 4 oder 10 Absatz 1 zulässig wäre oder lediglich infolge von Naturereignissen, Unglücksfällen oder anderen unvermeidlichen Störungen erforderlich ist.

Als angemessene Vergütung gilt, sofern die Beteiligten nicht nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine andere Regelung vereinbaren oder besondere Umstände eine solche rechtfertigen, ein Zuschlag von 25 Prozent. Im Streitfall entscheidet bindend der Schlichter.

War die Mehrarbeit schon am 1. April 1927 tarifvertraglich vereinbart oder behördlich zugelassen, so gelten die Vorschriften der Absätze 1 und 2 erst vom Ablauf des Tarifvertrages oder der Genehmigung, spätestens jedoch vom 1. Juli 1927 an.

Wird in Gewerben, die ihrer Art nach in gewissen Zeiten des Jahres regelmäßig zu erheblich verstärkter Tätigkeit genötigt sind, in diesen Zeiten über die Grenzen des § 1 Satz 2 und 3 hinaus gearbeitet, so kann der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestimmen, daß die Vorschriften der Absätze 1 und 2 keine Anwendung finden, soweit die Mehrarbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit in den übrigen Zeiten des Jahres ausgeglichen wird.

4. Der § 9 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut: Die Arbeitszeit darf bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Aus-

nahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten; eine Überschreitung dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung der im § 6 Absatz 1 bezeichneten Behörde oder dann zulässig, wenn es sich um Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten handelt, bei denen eine Vertretung des Arbeitnehmers durch andere Arbeitnehmer des Betriebes nicht möglich ist und die Heranziehung betriebsfremder Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann. Was als Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten anzusehen ist, bestimmt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

5. Der § 10 erhält folgenden Wortlaut: Die nach dieser Verordnung sich ergebenden Beschränkungen der Arbeitszeit finden keine Anwendung auf Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitserzeugnisse zu mißlingen drohen.

Das gleiche gilt, wenn eine geringe Anzahl von Arbeitnehmern an einzelnen Tagen mit Arbeiten beschäftigt wird, deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeit gefährden oder einen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Schaden zur Folge haben würde, und wenn dem Arbeitgeber andere Vorkehrungen nicht zugemutet werden können.

6. Der § 11 und der § 12 fallen weg.

Die Vorstände des ADGB, des AfA-Bundes und des (Hirsch-Dunderschen) Gewerkschaftsrings sind sofort nach Bekanntwerden des famosen neuen Gesetzesentwurfs bei dem Reichsarbeitsminister vorstellig geworden und haben in voller Einmütigkeit die Erklärung abgegeben, daß der Entwurf der Reichsregierung für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands eine grenzenlose Enttäuschung bedeutet und sie der Reichsregierung alle Verantwortung für die unvermeidlich aus dieser Entscheidung der Koalitionsparteien sich ergebenden Konsequenzen aufbürden müssen.

Die industrielle Entwicklung in Deutschland

Die bisherigen Veröffentlichungen über die am 16. Juni 1925 stattgefundenen Betriebszählung brachten nur Teilergebnisse, die zwar bereits erkennen ließen, daß seit der letzten Berufszählung von 1907 in dem industriellen und gewerblichen Aufbau des Deutschen Reiches sehr wesentliche Veränderungen stattgefunden haben, aber doch keinen allgemeinen Ueberblick über die dadurch geschaffenen Verhältnisse gestatteten. Dieser Mangel wird nun zum Teil durch die letzte Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts in Nr. 4 von „Wirtschaft und Statistik“ behoben, wenn auch vorerst für die gewerblichen Betriebe. Jedenfalls ergibt sich daraus die Möglichkeit, gewisse Vergleiche zu ziehen und festzustellen, in welchem Umfange die industrielle und gewerbliche Entwicklung in Deutschland seit dem Jahre 1907 fortgeschritten ist. Es wird dadurch für die Beurteilung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ein sehr wertvolles Material gewonnen, das in Verbindung mit den noch zu erwartenden Veröffentlichungen erst nach und nach voll ausgeschöpft werden kann.

Begreiflicherweise stellen sich Vergleichen zwischen den Feststellungen der Berufszählung von 1907 und der Betriebszählung von 1925 erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Nicht nur, daß die Grundlagen der beiden Zählungen verschieden sind, sondern es sind auch durch den Ausgang des Krieges im Bestand des Reiches tiefgreifende Veränderungen eingetreten, die hierbei störend wirken und die Feststellungen erschweren. Diese Schwierigkeiten mußten überwunden werden, um ein klares Bild über den zurückgelegten Weg zu gewinnen. Das ist, wenn auch anscheinend nicht in allen Teilen, gelungen. Aus den bis jetzt bekanntgegebenen Zahlen läßt sich entnehmen, daß der schon in früheren Zählungsperioden festgestellte Industrialisierungsprozeß ununterbrochen fortschreitet. Nach den statistischen Feststellungen hat sich die Gesamtbevölkerung in dem jetzigen Reichsgebiet, ausschließlich der Saar, von 1907 an um 13,5 Proz. vermehrt. Unleich stärker, nämlich um 26,4 Proz., also fast um das Doppelte, ist dagegen die erwerbstätige Bevölkerung gewachsen. Das ist eine Zunahme, die im Verhältnis zu dem Anwachsen der Gesamtbevölkerung selbst die der Jahre 1882 bis 1907 erheblich übersteigt und die durch den Krieg verursachte Verarmung und Proletarisierung des deutschen Volkes bestätigt.

In besonderem Maße macht sich diese Entwicklung natürlich auf industriellem und gewerblichem Gebiete bemerkbar. Die Zunahme der gewerblichen Betriebe von 2,9 Millionen auf 3,4 Millionen, das sind 14,4 Proz., hält sich zwar noch so ziemlich im Rahmen der allgemeinen Bevölkerungszunahme. Im Gegensatz dazu steigerte sich aber die Zahl der industriell und gewerblich beschäftigten Personen in erheblich stärkerem Maße von 13,2 Millionen auf 17,5 Millionen, das sind 28,5 Proz. Eine ganz erhebliche Zunahme hat hierbei die Zahl der weiblichen erwerbstätigen Personen erfahren, die von 3,2 Millionen auf 4,5 Millionen, das sind 39,1 Proz., stieg, worin wir nicht nur eine Folge des Krieges, sondern auch der sich vollziehenden Umgestaltung der Industrie und ihrer zunehmenden Bevorzugung der billigeren und willigeren weiblichen Arbeitskräfte zu erblicken haben. Verhältnismäßig am stärksten — 1,4 Millionen — ist bei der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte das Handelsgewerbe beteiligt, das von jeher, ähnlich wie die Landwirtschaft, der weiblichen Tätigkeit, vor allem auch der mithelfenden Tätigkeit von Familienangehörigen, weitesten Spielraum bot. Relativ am stärksten ist der Anteil der weiblichen Personen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe mit 60,7 Proz. aller Beschäftigten, nächst dem die Textilindustrie mit 57 Proz. und das Bekleidungs-gewerbe mit 52,1 Proz. In den übrigen Gewerben beträgt der Anteil der Frauen weniger als die Hälfte der erwerbstätigen Personen. Am geringsten ist dieser Anteil im Bergbau mit 0,9 bzw. 1,5 Proz. und im Baugewerbe mit 1,7 Proz.

Eine eigenartige Erscheinung ist bei dem Handels- und Verkehrsgewerbe festzustellen. Während die Zahl der Betriebe in Industrie und Handwerk sich nur um 2 Proz. und die Zahl der dort Beschäftigten um 26,8 Proz. erhöhte, ist in Handel und Verkehr die Zahl der Betriebe ganz beträchtlich, von 1,0 Millionen auf 1,4 Millionen, das sind 38,6 Proz., und der Beschäftigten von 3,0 Millionen auf 4,2 Millionen, das sind 38 Proz., gestiegen. An dieser Steigerung ist überwiegend der Handel beteiligt. Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Handelsbetriebe 696 792 mit 1 955 684 beschäftigten Personen. Demgegenüber waren 1925 insgesamt 1 127 835 Betriebe mit 3 115 608 beschäftigten Personen vorhanden.

Die Handelsbetriebe haben sich also um 62 Proz., die von ihnen beschäftigten Personen um 59 Proz. vermehrt. Hiervon entfallen auf den Großhandel 174 242 Betriebe mit 831 784 Beschäftigten, auf den Einzelhandel 673 322 Betriebe mit 1 532 942 beschäftigten Personen. Wie schon früher für einzelne Orte festgestellt werden konnte und nunmehr allgemein nachgewiesen wird, hat eine außerordentlich starke Aufblähung des Einzelhandels, besonders der kleinen und kleinsten Betriebe stattgefunden, eine Entwicklung, die zu der sich in der Industrie vollziehenden Konzentration in schroffem Gegensatz steht. Der größte Teil dieser Betriebe ist in der Nachkriegszeit entstanden, und dieser Zuwachs hat erheblich dazu beigetragen, eine Senkung der Preise zu verhindern. Die Krise hat die Zahl dieser Betriebe nicht wesentlich vermindert, was vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bedauerlich werden muß, weil es sich dabei zum großen Teil nur um recht fragwürdige parasitäre Existenzen handelt.

Weit stärker als die Verwendung menschlicher Arbeitskraft ist die der motorischen Arbeitskräfte gestiegen. Diese Steigerung geht — wie schon die verhältnismäßig geringe Zunahme der Betriebe anzeigt — Hand in Hand mit deren Vergrößerung. Die industrielle Konzentration ist noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Insgesamt verwendeten von den festgestellten 3,5 Millionen gewerblichen Betrieben 548 000, das sind 15,9 Proz., Kraftmaschinen einschließlich Kraftfahrzeuge. Im Jahre 1907 erzeugten die in der Industrie zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten sogenannten Primärmaschinen (Wind-, Wasser- und Wärmekraftmaschinen) rund 6,2 Millionen, Elektromotoren 1,5 Millionen Pferde-

kräfte. Die Kräfteerzeugung der Primärmaschinen ist inzwischen nur auf 6,4 Millionen, die der Elektromotoren dagegen auf 12,3 Millionen Pferdekkräfte, das sind 663,5 Proz., gestiegen. Dabei ist die Verwendung von Elektromotoren in rascher Zunahme begriffen.

Nicht minder erheblich ist die zunehmende Verwendung von Kraftfahrzeugen, worunter alle mit motorischer Kraft betriebenen Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, Lokomotiven, Triebwagen, Schiffsmaschinen usw. fallen. Die Leistung der gesamten in Industrie und Gewerbe verwendeten motorischen Fahrzeuge beziffert sich auf 37 Millionen Pferdekkräfte, wovon 3,6 Millionen Pferdekkräfte im Dienste der Industrie, 31,1 Millionen im Handel und Verkehr tätig sind. Der Hauptanteil hiervon, nämlich 27,4 Millionen Pferdekkräfte, entfällt auf die beiden großen Verkehrsanstalten Reichsbahn und Reichspost, 2,1 Millionen Pferdekkräfte finden in der Schifffahrt Verwendung. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die industrielle und technische Entwicklung seit der letzten Berufszählung unaufhaltsam fortgeschritten ist und noch fortschreitet. Die produktive Leistungsfähigkeit der Arbeit hat unter dem Einfluß der verstärkten Anwendung arbeitssparender Maschinen gewaltig zugenommen, die Produktion ist gesteigert und verbilligt worden, was eine bessere Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse gestattet. Wenn die Arbeiterklasse von einer Besserung noch nichts bemerkt, Mangel, Not und Arbeitslosigkeit herrschen, so nur deswegen, weil die Macht der organisierten Arbeiterschaft noch nicht zureicht, diesen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründeten Widerstand zu beseitigen. M a t t u t a t.

Die Landeskongress für den Freistaat Sachsen

am 20. März 1927 in Leipzig war besetzt von 72 Filialen mit 112 Delegierten. Prof. Dr. Hermberg, Leipzig, referierte über die Wirtschaftslage Deutschlands. Sein Vortrag bewegte sich in den Gedankengängen, die Hermberg auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress zum Ausdruck brachte. Die Zahl der Erwerbstätigen betrug 1913 28 Millionen, 1925 31 bis 32 Millionen. Hervorgebracht wird ungefähr die gleiche Gütermenge. In der Nachkriegszeit wurde eine Inflation mit Arbeitskraft betrieben, denn sie war so billig, daß es sich nicht lohnte, technische Verbesserungen der Maschinen einzuführen und so wurde die ganze Wirtschaft rückständig. Die allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist nicht ausschlaggebend, denn zwölf Jahre liegen dazwischen, die große Fortschritte hätten hervorbringen müssen. Die Frage der Konkurrenzfähigkeit wurde und mußte immer schwieriger werden und so sprach man immer mehr von Rationalisierung. Im Jahre 1926 gelang es, die hineingestopfte Arbeitskraft wieder herauszubringen. Sie trat als Arbeitslosigkeit auf. Indessen sind die meisten Lebenshaltungskosten teurer geworden. Preisabbau bringt aber Produktionserweiterung und damit Rückgang der Arbeitslosigkeit. Hier hinein spielt die weitere Frage, ob ein größerer Warenabfah außerhalb Deutschlands ermöglicht werden kann. Man spricht viel davon, daß Europas Abfah der Industrieprodukte immer geringer wird, weil viele frühere Abfahländer eigene Industrie aufbauen. Demgegenüber kann betont werden, daß nach Japan z. B. mehr als das Doppelte geliefert wird. Die Industrie muß sich nur umstellen. Wohin Rattun geliefert wurde, nach dort werden heute Spindeln transportiert. Im Lohnkonto erspart Deutschland 8 bis 12 Milliarden gegenüber dem Ausland, wo die Löhne höher sind. Demgegenüber ist das Gerede von der Belastung Deutschlands durch Kriegslasten und das Gerede von den großen Soziallasten nicht so bedeutungsvoll, wie es hingestellt wird. Aus alledem — was aus dem Referat nur andeutungsweise und damit unvollständig berichtet werden konnte — ist Hermberg beizustimmen, wenn er sagt, daß der Kampf um die Stellung in der Wirtschaft das entscheidende ist. Darüber werden sich in nächster Zeit große Kämpfe ergeben. War doch der englische Bergarbeiterstreik nichts weiter, als ein Schlag der Gegner zur Herabsetzung der Lebenshaltung der englischen Arbeiter, um sie der der kontinentalen Bergarbeiter anzupassen. Und so geht es bei unseren Lohnkämpfen nicht allein um die Verbesserung unserer Lebenshaltung, sondern auch um das Halten derjenigen unserer Arbeitsbrüder in den anderen Ländern.

Kollege Preißler berichtete dann über die Lohnbewegungen der sächsischen Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1926. Für die sächsischen Staatsarbeiter konnte infolge der Gewährung der Weihnachtsbeihilfe, nicht wie bei den Gemeindefacharbeitern, außerdem noch eine Lohnerhöhung erzielt werden. Die Verhandlungen wurden vertagt und vor einigen Wochen fortgesetzt. Nach langen Beratungen machte das Ministerium ein Angebot, wonach ab 1. April die Löhne um 2½ Pf. erhöht werden sollen und diese dann zu treffende Lohnvereinbarung sollte Geltung haben bis zum

1. Oktober 1927. Die Verhandlungskommission war natürlicherweise nicht in der Lage, diesem Angebot zuzustimmen und die heutige Landesversammlung wird über den weiteren Verlauf dieser Bewegung zu beschließen haben. Ebenso hat die Landesversammlung nunmehr, nachdem die damals getroffene Lohnvereinbarung der Gemeindearbeiter am 31. März 1927 abläuft, zu entscheiden, ob diese Vereinbarung gekündigt wird. Die Notwendigkeit dazu liegt u. E. ohne weiteres vor, so daß es nicht nötig ist, viel Worte darüber zu verlieren.

Im Anschluß hieran sprach Kollege Stetter über die Lohnbewegungen der Reichsarbeiter, die gegenüber den Gemeinde- und Staatsarbeitern die schlechtest entlohnten Arbeiter sind. Bei allen Verhandlungen führte die Reichsregierung als Begründung ihrer unsozialen Auffassung an, daß kein Geld vorhanden sei. Auf die Bewegungen der Reichsarbeiter wirken Arbeitslosigkeit und der Abbau bei der Eisenbahn lähmend. Es muß natürlich alles daran gesetzt werden, die Reichsarbeiter endlich einmal in ihrer Entlohnung höher zu bringen und deshalb sind die Lohnvereinbarungen zum 31. März gekündigt worden. In den Besprechungen haben die Regierungsvertreter erklärt, daß sie den Organisationsstellen keinen Vorschlag machen können, da heute noch nicht feststünde, wie sich das Arbeitszeitgesetz gestalten. Im Reichsfinanzministerium ist ausgerechnet worden, daß die Mietpreiserhöhung 1¼ Pf. betragen würde, dementsprechend man evtl. eine Erhöhung von 2 Pf. pro Stunde bewilligen würde. Mit diesem Angebot können wir uns keineswegs zufrieden geben. Die Lohnvereinbarungen der Wasserbauarbeiter ist deshalb nicht gekündigt worden, weil der Tarifvertrag gewissermaßen erst vor einigen Wochen unterschrieben wurde und die Verhandlungen über Festlegung der Löhne der Streckenunterhaltungsarbeiter noch schweben. Deshalb war zu überlegen, ob jetzt schon wieder der Tarifvertrag gekündigt werden soll. Man vereinbarte deshalb, daß dieselbe Regelung, die bei den übrigen Reichsarbeitern herauskommt, auf die Wasserbauarbeiter übertragen findet. Die Reichsarbeitskommission wird alles daran setzen, um die aufgestellte Forderung von 8 Pf. Lohnerhöhung zu erreichen.

An die beiden Berichte schloß sich eine lebhafteste Aussprache. Die Meinung der Landesversammlung kommt in den angenommenen Anträgen und Entschlüssen zum Ausdruck. So spricht eine Resolution zur letzten Lohnbewegung der Gemeindefacharbeiter der Landesarbeitskommission das Vertrauen aus und weist die Vorwürfe kommunistischer Zeitungen, besonders des in Chemnitz erscheinenden „Kämpfer“ zurück, nach denen der Gauleiter des Verbandes hinter dem Rücken der Landesarbeitskommission mit dem Arbeitsminister verhandelt und so den Kampfeswillen der Arbeiterschaft gebrochen habe. Die Landesversammlung war damit der Auffassung, daß es sich hier lediglich um eine arbeiterschädigende Berichterstattung handelt, da kein Beweis für die Behauptungen erbracht werden konnte. Beschlossen wurde einstimmig, den Lohnvertrag sofort zu kündigen und unver-

zügig in die Lohnbewegung einzutreten. Eine lebhaftere Aussprache entspann sich über die Aufstellung der Forderungen. Es wurde schließlich beschlossen, sie in die Hände der Landestarifkommission zu legen. In bezug auf die Lohnbewegung der Staatsarbeiter wurde gegen das Verhalten der sächsischen Regierung gegenüber den berechtigten Forderungen der sächsischen Staatsarbeiter protestiert und um die Weiterführung der Verhandlungen ersucht. Sollte die Regierung wider Erwarten zu keinem besseren Angebot zu bringen sein, dann hat die Landestarifkommission die weiteren Wege zu erwägen, die eine Verbesserung der Löhne verbürgen.

Eine weitere Entschließung protestierte gegen das bisherige Verhalten der Reichsregierung in bezug auf die Gestaltung der Löhne der gesamten Reichsarbeiter sowie in bezug auf ihr Verhalten zur Schaffung einer Ruhelohn- und Hinterbliebenenversorgung. Die Landesversammlung erwartet vom Verbandsvorstand, daß er alles versucht, die Löhne den Lebenshaltungskosten endlich anzugleichen und fordert die in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter zum engsten Zusammenschluß in unserer Organisation auf, um der Reichsregierung eine geschlossene Front entgegenzustellen.

In bezug auf den R.M.T.-Gemeindegewerkschaftler wurde der Verbandsvorstand ersucht, bei den künftigen Verhandlungen dahin zu wirken, daß alle Waldbauarbeiter unter den R.M.T. gestellt werden und dieser eine Bestimmung enthält, wonach günstigere Regelungen bestehen bleiben können. Schließlich wurden der Tarifkommission noch einige andere Tariffragen berührende Angelegenheiten überwiesen.

Kollege Preißler berichtete sodann über den Stand der Ruhelohnversorgung der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Der Rechtsausschuß des Landtages hat bedauerlicherweise in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Beratungen der im Jahre 1925 herausgegebenen Richtlinien und die dazu von den politischen Parteien und unserer Organisation gestellten Anträge um einen Monat zurückzustellen. Wir müssen gegen eine weitere Verschleppung protestieren. Von den politischen Arbeiterparteien erwarten wir, daß sie alles daran setzen, diese Angelegenheit recht bald zur Erledigung zu bringen. In einer hierzu beschlossenen Resolution wird der Landtag und die Regierung vor weiterer Verschleppung der Angelegenheit gewarnt, da die Geduld der in Frage kommenden Arbeitnehmergruppen erschöpft ist. Es handelt sich hier nicht allein um die Geschichte der Gemeindegewerkschaftler, sondern auch um die der Gemeindeangestellten, für die wir ebenfalls unsere Forderungen dem Landtag haben zugehen lassen.

Kollege Stetter sprach dann über die Ruhelohnversorgung der Reichsarbeiter. Er konnte erfreulicherweise berichten, daß der Haupteinpruch jetzt endlich aufgehoben ist. Der Satzungsentwurf soll demnächst erscheinen. Es liegt die Absicht vor, daß dieser Klasse auch Gemeinden und Kommunalverbände beitreten können.

Unter „Verschiedenes“ wurde eine Entschließung über die Arbeitszeit angenommen, die sich gegen das Arbeitsschutzgesetz in seinem jetzigen Entwurf wendet. Es wird in ihr die völlige Wiederherstellung des Achtstundentages auch für das gesamte Pflege- sowie

hauseingesessene Anstaltspersonal gefordert. Die Konferenz erwartet, daß die sächsische Regierung die von der Wirtschaftsbezirksleitung eingereichten Anträge erfüllt. Vom einzelnen Arbeiter muß aber gefordert werden, daß Leistungen von Ueberstunden abzulehnen sind und falls solche aus dringenden Betriebsgründen unvermeidlich werden, dann unter allen Umständen eine Abseinerung in Frage kommen muß. Die Reichstarifkommission wurde beauftragt, bei den künftigen Tarifverhandlungen dahin zu wirken, daß die 46stündige Arbeitswoche und damit der freie Sonnabendnachmittag eingeführt wird.

Eine weitere Entschließung wendet sich gegen die Gasfernversorgung der Privatunternehmer und fordert alle Gemeindevertreter und Stadtverwaltungen auf alles zu tun, um den bewährten reinen Regiebetrieb nicht nur für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sondern auch für andere Aufgaben der Gemeinden aufrecht zu erhalten und zu vervollkommen.

Ein Antrag auf Neuwahl der Tarifkommissionen wurde durch Annahme eines Vorschlages Kirchhoff auf die Wiederwahl der beiden Tarifkommissionen abgelehnt. Ebenso ein Antrag auf Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Sachsen, der sich mit Tariffragen beschäftigen sollte. Indessen fand ein Antrag Döbert, Leipzig, Annahme, der den Verbandsvorstand ersucht, die gesamten Betriebsratvorsitzenden baldigst zu einer Reichskonferenz zusammenzuberufen, um über wichtige Wirtschaftsfragen (Regie, Nationalisierung) eine Aussprache herbeizuführen.

Die Tagung hatte ein großes Arbeitspensum zu erledigen. Wenn auch die Meinungen über diese oder jene taktische Frage verschieden waren, so kam doch bei allen der Wunsch zum Ausdruck, wie Kollege Lässig in seinem Schlußwort feststellen konnte, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen aller zu unserem Organisationsbereich gehörenden Gruppen nur durch den engsten Zusammenschluß und durch gegenseitiges Ergänzen und nicht Erlahmen in der Agitation verbessert werden können. Mit einem Hoch auf die Gesamtorganisation wie die gesamte Arbeiterbewegung wurde die Landesversammlung geschlossen. G. F.

Der Kampf in China

Die sich in China abspielenden Kämpfe sind von dem Gesichtsfeld des europäischen Arbeiters schwer zu verfolgen. Die Entfernung Chinas vom europäischen Kontinent, die Verschiedenheit der Sprache und die Rassenunterschiede sind Hindernisse, die uns die Kämpfe in China klar erscheinen lassen. Erschwerend kommt hinzu, daß uns authentische Schriften über die augenblickliche Lage in China aus der Feder von Arbeitern fehlen. Die Notizen der Zeitungen darf man nur vorsichtig aufnehmen, da sie mehr oder weniger frisiert sind.

Die Kämpfe in China ergeben sich zwangsläufig aus der schauerhaften sozialen Lage des chinesischen Proletariats, die der des europäischen Frühkapitalismus gleicht. Die Arbeitszeit beträgt in China zumeist 16 Stunden. Es gibt keinen Ruhetag in der Woche, an allen sieben Wochentagen wird gearbeitet. Die Frauen- und Kinderarbeit ist überall zu finden. Mit den Kindern wird ein schwungvoller Handel getrieben: sie werden an die Kapitalisten ver-

Musikkultur und Arbeiterchaft

V. Kritische Schlußbetrachtungen.

Wir wollen in unserem Schlußkapitel doch noch ein Wort der Kritik üben, die sich uns aufdrängt, wenn wir das Werk Jödes und seiner Schüler im Auge behalten. Es bezieht sich freilich weniger auf das eigentliche Thema des Musikerlebens als auf unsere Weltanschauung! Wir wissen sehr wohl, daß das historisch Gewordene vieles Schöne enthält. Aber andererseits ist in unserer Zeit der wachsenden Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit doch auch zu sagen, daß die arbeitende Jugend mit dem biblischen Text und den geistlichen Liedern aus alten oder neuen Musikbüchern absolut nichts anzufangen weiß. Vielleicht wird man sagen, dann muß man eben die Melodie schätzen. Wir sind aber der Meinung, und gerade Jöde sollte das einmal erwägen, ob er es nicht stärker in den Vordergrund rücken kann, daß es soviel Schönes in dem Musikschaffen unserer Zeit sowie früherer Epochen gibt, daß wir dem weltanschaulichen Widerstreit der Meinungen bis zu einem gewissen Grade aus dem Wege gehen können, ohne ihn zu unterdrücken oder zu leugnen. Gewiß soll jeder Mensch in unserer Zeit politisch, gewerkschaftlich, genossenschaftlich, kurz und gut, weltanschaulich eingestellt sein. Wir wünschen nichts sehnlicher, daß er ein tüchtiger freier Gewerkschafter und Sozialist wird. Gerade aus diesem Grunde mögen die Singscharen der christlichen jungen Männer mit

dem ehrlich empfundenen Gefühl ihrer Weltanschauung weiter singen, wie das in Chorälen alter und neuer Zeit zu finden ist. Aber die fortschreitende arbeitende Jugend stimmt doch mit Recht den Kampfesang an: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ oder „Wenn wir schreiten Seit' an Seit'“, während z. B. das Lied „Wir sind jung und das ist schön“ weltanschaulich von verschiedenen Richtungen gefungen wird und gefungen werden kann. Mit anderen Worten: Man kann heute in der Gewerkschaftsjugend und auch in den breiten Massen sowie in der Ausbreitung besonders in den Großstädten nicht mehr die Weltanschauungsfragen ignorieren und den Kopf in den Sand stecken! Daß Jöde in Arbeiterkreisen noch nicht so bekannt und anerkannt ist, wie er es durchaus verdient, erklärt sich nicht zuletzt aus diesem Grunde. Wir können vom Standpunkt der Arbeiterbewegung nicht gutheißen, daß man rein musikalisch abgestimmt ist. Darum können wir uns auch z. B. sehr wohl denken, daß die Liederbücher Jödes nicht nur nach Melodien, Autoren, Zeitalter und musikalischer Schönheit geordnet werden, sondern auch nach Textmateria, und daß z. B. ein „weltliches Liederbuch“ nicht gut in heutiger Zeit mit geistlichen Liedern gemischt wird. Genau, wie auch umgekehrt die zahlreichen lustigen Landknechtschnurren, Trinklieder usw. mit ihrer an sich vorzüglichen Musik wenig geeignet erscheinen, neben den geistlichen Liedern. Da wäre also mindestens eine Dreiteilung des Stoffes möglich und damit würde u. E. auch die Hauptschwäche dieses Buches, nämlich der teure Preis, wesentlich zu überwinden sein. Für viele Arbeitervereine der Jugend ist ein erheb-

kauf. Achtjährige Kinder arbeiten in den Glashütten, bei einer 17stündigen Arbeitszeit. Frauen und Kinder übernachten sehr oft in den Fabriksälen, um die wenigen Ruhestunden zwischen Ende und Beginn der Arbeitszeit voll ausnützen zu können. Die Grubenarbeiter verbleiben 20 Stunden im Bergwerk. So lauten die Berichte über die soziale Lage des chinesischen Arbeiters. Sie klingen so unglücklich, daß man annehmen könnte, sie wären übertrieben. Aber alle Forschungsreisenden, die in Ostasien geweltet haben, bringen uns solche Elendschilderungen. Die obigen Tatsachen entstammen zumeist der Feder eines bürgerlichen Mannes, des Grafen Carlos Sforza, der früher italienischer Gesandter in Peking war.

Betrachten wir China von der ökonomischen Seite. Man wird lebhaft an die Schilderungen Friedrich Engels' über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ erinnert. Das, was Engels von den Arbeitern in England vor hundert Jahren gesagt hat, trifft heute auf die chinesischen zu. Seine Berichte über die soziale Lage der englischen Arbeiter vor hundert Jahren decken sich mit den jetzigen über die Lage der chinesischen Arbeiter. Immer wieder haben wir in der Weltgeschichte daselbe Spiel. Das Fabrikssystem löst die Haus- und Manufakturarbeit ab. Man treibt des höheren Profits willen die Frauen und Kinder in die Fabriken, weil sie billiger als der Mann arbeiten. Die industrielle Reservearmee wächst stetig durch den weiteren technischen Fortschritt, die soziale Lage des Proletariats wird immer erbärmlicher. Diesem Elendzustand entspringt dann der revolutionäre Elan, der sich in Europa in dem Zerstören der Maschinen, in Aufständen und Streiks Entlastung gesucht hat. Dieser revolutionäre Drang ist jetzt in China vorhanden. Streiks sind an der Tagesordnung, im anderen findet er seinen Ausfluß in den freihetlichen Bestrebungen des chinesischen Volkes gegenüber seinen imperialistischen Bedrängern.

Nun einiges zur politischen Situation Chinas. Auf dem Boden Chinas spielt sich heute ein gigantischer Kampf zwischen England und Rußland ab. Die Russen versuchen, China selbständig zu machen und von dem Protektorat Englands zu befreien, damit die Chinesen einen eigenen, unabhängigen Staat gründen können. Die Chinesen sollen die gesamte Zollverwaltung an der See in die Hand bekommen. Auch die Entziehung der Justiz aus der Hand Englands propagieren die Russen, vereint mit den Chinesen. England hat in beiden Punkten den Chinesen schon Zugeständnisse gemacht. Die Chinesen wollen sich weiterhin eine eigene Armee schaffen. Die Unterstützung Chinas durch Rußland ist offensichtlich. Die Russen wollen die europäische Macht England durch seine Verdrängung aus China schwächen. Die Engländer wehren sich mit allen Mitteln gegen die Vertreibung aus China. Sie müssen wohl oder übel nachgeben, wenn sie die fetten Pfründen Chinas nicht ganz und gar verlieren wollen. Der Ruf „China den Chinesen“ ist so stark, daß sich bei allzu großem Druck Englands ein großer Kampf der gelben gegen die weiße Rasse entzünden könnte. Mit einem derartigen Spiel ist dem geschäftstüchtigen Engländer nicht gedient. Er weiß genau, daß der lachende Dritte Rußland wäre. Zu einem offenen Kampf lassen es deshalb die Engländer nicht kommen. Der Bürgerkrieg in China behagt ihnen besser. Wir wissen, daß die verschiedensten Generale die Macht über das Land zu bekommen

versuchen. Soweit man heute klar sehen kann, behaupten sich die Kantontruppen, die der fortschrittlichen Arbeiterschaft nahesteht. Auch die Russen unterstützen die Kantonesen, die vom Süden aus in das Herz Chinas vorgedrungen sind. Die Kämpfe spielen sich jetzt am Jangtsekiang ab, dem wichtigsten Strom Chinas. Das Gebiet am Jangtsekiang ist das fruchtbarste ganz Chinas; des weiteren liegen an ihm die beiden größten und wichtigsten Häfen Nanking und Schanghai. Die Kantontruppen befinden sich im Augenblick in Nanking und Schanghai. Sie haben somit ganz Südchina in ihrer Hand. Die Arbeiter Schanghai hatten den Generalstreik ausgerufen, um die Macht des dort weilenden Tschangtschungstruppen zu brechen. Ihre Absicht ist auch gelungen, die Kantontruppen konnten ohne größere Hindernisse Schanghai in Besitz nehmen. Tschangtschung versucht jetzt, mit den Kantonesen Frieden zu schließen. Bedauerlicherweise bekämpfen sich augenblicklich die Arbeiter in Schanghai gegenseitig. Ein Teil der streikenden Arbeiter greift, aufgehetzt von der bolschewistischen Agitation, die Kantontruppen an. Die Verhältnisse in Schanghai haben ihr Ebenbild in den Spartakuskämpfen in Deutschland. Die Zahl der bolschewistischen Weltstürmer ist allerdings gering. Die Kantonesen sind Herr der Lage; die „revolutionären“ Arbeiter mußten sich zurückziehen und durchwandern plündernd das Land, teilweise sich vor den Kantontruppen in die Kolonien der Europäer flüchtend. In Nanking sollen die Kantontruppen die Aufenthaltsorte der Weißen beschossen haben. Wir hegen berechtigte Zweifel daran, da die Kantonesen des öfteren versichert haben, daß sie keine Europäer in Lebensgefahr bringen werden. Wir sind der Ansicht, daß diese Tat auf das Konto der plündernden „revolutionären“ Truppen kommt. Die Weißen haben nun die Möglichkeit, sich gegen die vermeintlichen Angriffe der Kantontruppen zu schützen und aktiv in den Kampf einzugreifen. Englische, amerikanische, japanische, italienische, spanische und holländische Kriegsschiffe beherrschen die Häfen von Nanking und Schanghai, um den Rückzug ihrer Staatsangehörigen zu decken. Daß dies Vorgehen der Europäer größere Opfer erfordert, ist selbstverständlich. Die Gesamtlage stellt sich im Augenblick so dar, daß die Kantontruppen im Besitz der wichtigsten Stützpunkte Chinas sind. Damit wird wahrscheinlich ein Sieg der unterdrückten Klasse erreicht und das chinesische Volk hätte die schlimmsten Fesseln von sich gestreift.

Es wäre nun aber vollkommen falsch, einen solchen Sieg als den des chinesischen Proletariats zu verbuchen. Ein einheitliches Proletariat wie in Europa, als Klasse auftretend, sich klassenkämpferisch betätigend, gibt es in China nicht. Der jetzige Kampf ist ein Kampf des gesamten unzufriedenen Chinesentums, das sich durch die weiße Rasse in seiner Existenz bedroht und auf das fürchterlichste ausgebeutet fühlt. Die Beendigung des chinesischen Freiheitskampfes wird der Arbeiterschaft Chinas erst klar machen, daß mit ihrem Siege über den Imperialismus Europas noch nicht ihre Wünsche erfüllt werden. Sie wird dann erkennen, daß ihr Feind der Kapitalismus ist, und daß die imperialistischen Strömungen, die sich in China austoben, nur ein notwendiges Uebel des Kapitalismus sind. Zum anderen aber fördert die auch in China fortschreitende Industrialisierung die Konzentration der Arbeiterschaft.

licher Teil der von Jöde zusammengestellten Lieder doch, weltanschaulich betrachtet, ein zu starker Ballast, den man nicht mit schleppen kann.

Nachdem nun freilich Einzelausgaben der „Musikantengilde“ zu sehr möglichem Preis im Georg-Rallmeyer-Verlag, Wolfenbüttel, erschienen sind („Lose Blätter der Musikantengilde“) könnte man vielleicht sagen, unserm Wunsche sei indirekt bereits Rechnung getragen, insofern, als sich jeder aussuchen kann, was ihm beliebt. Aber wiederum möchte man doch auch diese Einzelblätter zu einer Sammlung zusammenfügen. Hier müßte der Verlag zusehen, ob er nicht doch noch einen Ausweg der mittleren Linie findet, um eine getrennte Herausgabe herbeizuführen. Geschieht das nicht, so werden die Strömungen in der Jugend deswegen noch weniger zusammenkommen. Der junge christliche Chor singt seine frommen Weisen, die Arbeiterjugend ihre Kampflieder und die Masse bleibt bei ihren Schlagern und dem Musikfisch. Das kann niemand von allen Musikern erziehern wollen und Jöde am allerwenigsten. Sollen wir erreichen, was ihm als klares Ziel vor Augen schwebt, ja, was doch der Inbegriff seines ganzen Arbeitens und Schaffens ist, so muß die neue Volksmusik auch weltanschaulich die Form früherer durchaus berechtigter Zeitströmungen abstreifen und überwinden. Neue Formen müssen für unsere Zeit geschaffen werden, die ihre ideale Verkörperung textlich und kompositorisch in Gegenwart und Zukunft suchen. Wohl werden auf lange Zeit hinaus Bach, Mozart und Beethoven das große Dreigestirn bleiben am Musikhimmel des deutschen Volkes. Aber um wieder die Massen des Volkes mitzuschaffen zu

lassen an der Musikkultur, müssen wir das heutige Empfinden der Menschen und insbesondere das Empfinden unserer Jugend auch weltanschaulich zu erfassen suchen in Text und Kompositionen! Darum konnte Richard Dehmels „Erntelied“ in der Komposition von Oskar Fried eine so gewaltige Wirkung auslösen, weil sie der einheitliche Ausbruch des Sehnsens unserer Zeit ist. Darum wird Fried Jöde im Sinne und im Dienste der Menschengemeinschaft wirken müssen und wirken wollen. Ob dabei das Wort Sozialismus fallen muß, bleibt eine Frage für sich. Es kommt uns auf die Sache an.

Wir haben heute in der Arbeiterschaft viele Veranstellungen, die selbst von künstlerisch begabten Genossen, ja Künstlern eingerichtet werden und trotzdem entsetzliche Programmzusammenstellungen aufweisen. Neben schönen Kampfgesängen elender Musikfisch, Salonmusik und Tanzschlager. Diesen Dingen kann erst der Garaus gemacht werden, wenn die breiten Massen des Volkes selber ein klares Musikempfinden haben. Der Strom solcher Bewegungen muß von der Großstadt ausgehen. Die Musikerneuerung, der sich Jöde mit so unendlicher Hingabe widmet, zeigt immerhin so starke Ansätze, daß durchaus Optimismus am Plage ist. Wir dürfen nicht so sehr fragen, wann alle im Volke einmal teilnehmen können an der Musikkultur, sondern wir müssen gerade als Gewerkschafter schon jetzt mitwirken, daß solche Teilnahme möglich ist. Vorbedingungen vielfacher Art sind gegeben, Jödes Bücher bieten das Hilfsmaterial. Möge auch in unseren Kreisen der Gedanke der Musikkultur und Musikerneuerung begeisterte Anhänger finden! E. Dittmer.

China ist in weitestem Maße ein Agrarland, jedoch es fehlt auch nicht an Industrie, da China große Schätze an Kohlen und Erzen hat, die der Ausbeutung harren. Die Wirtschaftsberichte Chinas zeigen uns auch ein starkes Anwachsen der Industrie. China ist während des Krieges industriell erwacht. Die Rüstungsindustrie blühte damals auf. Durch die Einfuhr europäischen und amerikanischen Kapitals wird sich der Kapitalismus weiterhin schnell entfalten.

Der beginnende Emanzipationstampf der Chinesen ist für den europäischen Arbeiter von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Ware Arbeitskraft wird nach der Lehre Karl Marx' nach der jeweils herrschenden Arbeitsmethode bezahlt. Die billige Arbeitskraft des Ostasiens drückt den Lohnstandard des europäischen Arbeiters herunter. Aus dieser Tatsache entspringen auch die imperialistischen Tendenzen der kapitalistischen Staaten. Nicht allein die Sucht nach Rohstoffen ist es, die die kapitalistische Wirtschaft auf die koloniale Bahn drängt, sondern die billige Produktionsmöglichkeit in derartigen Kolonialländern, vermittelt der niedrigen Löhne der Kolonialarbeiter. Die Arbeiterschaft solcher Länder hat einen ganz niedrigen Lebensstandard; sie nimmt noch nicht an den Kulturgenüssen des europäischen Arbeiters teil. Sie sind unorganisiert, treten noch nicht als einheitliche Klasse auf und vermögen sich deshalb nicht gegen die Ausbeutungsmethoden des modernen Kapitalismus zu wehren. Aus diesem Grunde muß die europäische Arbeiterschaft den Kampf der chinesischen vollauf unterstützen. Ihr Kampf ist auch unser Kampf. Ihr Sieg bedeutet eine verbesserte Lebenshaltung der gesamten übrigen Arbeiter der Welt und auch ein Zurück schlagen jener Elemente, die da glauben, die gelbe Rasse als minderwertig betrachten zu können. Die Arbeiterschaft steht einem solchen Treiben fern. Wir begrüßen es, daß sich die gelbe Rasse in Ostasien gegen seine europäischen Bedränger erhebt, genau so, wie die Schwarzen in Amerika zu revolutionieren beginnen. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Mensch, sei er ein schwarzer, gelber oder brauner, die vollen Rechte auf die Kulturgüter der Erde besitzt. Die europäische Arbeiterschaft hat schon um ihrer selbst willen die Pflicht, den chinesischen Arbeitern zu helfen, ihnen die Richtung zu zeigen, wie sie den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen haben. Wir müssen ihnen unsere Erfahrungen übermitteln. Der IGB hat hier ein großes Arbeitsfeld. Soweit man bis heute die Bestrebungen der bisher organisierten Arbeiter Chinas erkennen kann, verlaufen diese sozialistischen Tendenzen nicht mit unseren gleichartig. Der Sozialismus Europas und Asiens sind parallele Strömungen. Die Chinesen haben nicht die Ueberführung der Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum zum Ziel, weil es dort lauter kleine Gruppen gibt. Ihr Ziel liegt in der Linie des Bildungssozialismus Englands. Auch die japanischen sozialistischen Bestrebungen sind anderer Art als die Westeuropas. Man erstrebt dort einen Bauernstaat nach kommunistischem Muster. Die Agitation der Russen in Asien fördert diese Bestrebungen sehr. Die asiatischen Strömungen führen uns freilich nicht auf geradem Weg zum Sozialismus. Die organisierte Arbeiterschaft Europas hat deshalb die Pflicht, die revolutionären Strömungen der asiatischen Völker in die richtige Bahn des Sozialismus zu lenken, zum Segen der ganzen arbeitenden Menschheit, zum Siege des Sozialismus.

E. Eichhorst.

Bildungsarbeit

Die Kulturidee des Sozialismus

unterscheidet sich wesentlich von der des Bügertums. . . Für uns soll die Wissenschaft das Mittel sein, um die Welt und das Dasein in menschenwürdigem Sinne umzugestalten. Goethe hat einmal gesagt: „Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit!“ In der Tat läuft alles Kulturelle darauf hinaus, die Persönlichkeit des Menschen auszubilden. Und doch ist unser Persönlichkeitsideal anders als das des deutschen Idealismus. Dieser Idealismus sah ab von der Welt, in der er selbst lebte. Wir wollen die Persönlichkeit im Rahmen der Gemeinschaft bilden. Und dieser Begriff der Persönlichkeit geht unmittelbar aus dem Leben hervor.

Es ist aber ein schweres Wort, wenn wir dem Arbeiter sagen, daß er seine Persönlichkeit ausbilden müsse. Der Arbeitnehmer ist im Betrieb nur ein Teilwesen, nur ein Werkzeug. Das, was der geistige Mensch als höchstes Glück empfindet, die fruchtbare, schöpferische Arbeit, die ihn durchströmt, empfindet der Arbeitnehmer als eine Last, die er möglichst bald von sich werfen möchte. Es ist traurig, daß wir aus dem Großbetrieb nicht mehr heraus können, und es scheint so, als ob die neuen Arbeitsmethoden, wie Fordismus und

Taylorismus, das Streben nach der Ausbildung der Persönlichkeit nicht fördern. Es gibt unter Berücksichtigung dieser tragischen Lage nur zwei Mittel, um in dem Arbeitnehmer so etwas wie Persönlichkeitsgefühl zu wecken: Der Arbeitnehmer muß das Gefühl haben, daß er für die Gemeinschaft, aber nicht für den Einzelunternehmer oder eine Unternehmergruppe schaffe, er muß teilhaben an der Herrschergewalt im Betrieb. Diese Dinge sind in der Praxis unendlich schwer durchzusetzen. Hier gilt es, eine große kulturelle Aufgabe zu lösen. Und gerade, weil diese Aufgabe so unfählich schwer ist, muß sie in Angriff genommen werden. Der andere Weg ist, dem Arbeiter Freizeit zu gewähren, nicht um untätig zu sein, sondern um in dieser Zeit sich als freier Mensch in kulturellem Sinne betätigen zu können.

Gerade der Arbeiter empfindet, wie sehr die Kulturidee abhängt von der Gestaltung der Wirtschaft. Und darum müssen wir uns ganz erfüllen lassen vom Gemeinschaftsgeist. Lassalle hat einmal gesagt: „Wenn wir vom Klassenkampf reden, dann stoßen wir einen Schrei aus nach Erlösung!“

Darin offenbart sich der Wille, in Harmonie zu kommen mit dem Ganzen. Das Wissen allein genügt nicht, zu ihm gehört auch Farbe. Hüten wir uns vor einseitigem Rationalismus. Das Wissen an sich ist nur ein Teil der Kultur. Zur Kultur aber gehören auch die irrationalen Kräfte, Farbe, Ton, Jugend, Ueberschwang gehören dazu, wenn wir aufsteigen wollen, und auch gewisse Symbole, die sich in unsere Herzen prägen. Wo haben wir die große republikanische Hymne, wo haben wir republikanische Symbole, warum ist alles so nüchtern, so ruhig, so sachlich, so seelenlos? Glaube doch niemand, daß nur Nüchternheit und Sachlichkeit zum Aufstieg gehören und nicht auch das Herz. Wir müssen unmittelbar Freiheit, Demokratie, Selbstverwaltung erleben. Lebendige Menschen, denen der Takt nach Freiheit, Freude, Gemeinschaft, Persönlichkeit schlägt, sind notwendig. Sorgen wir dafür, daß wir nicht erstarren in Wissen und Erkennen allein, sonst werden wir eines Tages feststellen müssen, daß wir arm geworden sind. Schaffen wir mit all den geistigen Strömungen des Sozialismus gemeinsam ein wissendes, freudiges, wollendes und hoffendes Volk! Prof. Sinzheimer.

Unsere Jugend

Mehr Jugendschulz

Die Zeit der Schulentlassung kommt wieder heran. Viele junge Menschenkinder werden wieder den Weg in die Fabrik gehen oder zur Berufs- und Arbeitslosigkeit verdammt sein. In dieser Zeit ist es angebracht, einmal einen Blick in die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu werfen. Schon beim Eintritt in die Lehre sind die Eltern des Lehrlings infolge der dauernden Ueberfüllung fast aller Berufe, gezwungen, sich dem Willen des Lehrherrn zu beugen. Der Widerstand gegen eine zu weitgehende Ausbeutung des Lehrherrn ist so von vornherein ausgeschaltet. Der Unternehmer ist auf keinem Gebiete so selbstherrlich, als gerade auf dem der Lehrlingsausbildung. Fast schutzlos ist der Lehrling seinem Lehrherrn nach Unterzeichnung des Vertrags überantwortet. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben bis jetzt nur einen geringen Einfluß auf die Gestaltung des Lehrverhältnisses, weil eben die gesetzliche Grundlage für eine weitergehende Fürsorge fehlt. Außerdem empfinden die im selben Betriebe arbeitenden Gehilfen, die Leiden und Beschwerden der Lehrlinge nicht annähernd so, wie diese selbst. Was lag näher, als daß die jungen Menschen zur Selbsthilfe griffen. Schon in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts schlossen sich jugendliche Arbeiter zu Arbeiterjugendvereinen zusammen, um einen schützenden Damm gegen die gewissenlose Ausbeutung der Lehrherrn zu errichten. Damals hat man die jungen Gruppen verachtet und verpötte, aber gar bald wurde aus diesen kleinen Anfängen die sozialistische Jugendbewegung, die ihre Verbreitung weit über die Grenzen unseres Reiches gefunden hat. Auch in den Gewerkschaften bildeten sich Jugendsektionen, und so entstanden Organisationen, die sich für die berechtigten Forderungen der arbeitenden Jugend einsetzen. Viele Mitglieder der „Arbeiterjugend“ wirkten als Führer in den gewerkschaftlichen Jugendgruppen. Je enger die sozialistische Jugendbewegung mit der gewerkschaftlichen Jugend zusammenarbeitet, um so größer werden die Erfolge sein.

Eine wichtige Aufgabe ist die Verkürzung der Lehrzeit. Viel zu lange hat sich die Arbeiterschaft den Zopf der vierjährigen Lehrzeit gefallen lassen. Lange Lehrzeit ist noch lange nicht gleichbedeutend

tend mit gründlicher Ausbildung, eher ist sie gleichbedeutend mit gründlicher Ausbeutung. Eine Verkürzung der Lehrzeit wird den Unternehmern einen unmittelbaren Anlaß zur erheblichen Verbesserung der Berufsausbildung geben. Wollen wir doch nicht verkennen, daß heute bei der langen Lehrzeit unnütz viele Monate vergeudet werden. Je kleiner der Betrieb ist, desto toller ist meist die Wirtschaft. Mit der bequemen Ausrede: „Du hast ja vier Jahre Zeit zum Lernen“, werden dem Lehrling hunderterteil Hilfsarbeiten im Betrieb und manchmal sogar in der Familie des Meisters aufgebürdet. Leider sind an der Verschwendung der kostbaren Lehrzeit auch die erwachsenen Arbeitskollegen schuld, sie befinden sich meistens noch in dem Bahn, als gehöre solche Betätigung des Lehrlings zu der notwendigen Erziehung. Durch diese Handlungsweise bestärken sie den Lehrherrn in seinem Tun und liefern ihm hiermit bequeme Ausreden. Schlimmer noch ist, daß der Lehrling infolge solcher Hilfsarbeiten für ältere Arbeiter zu diesen kein Vertrauen gewinnen kann, sie vielleicht sogar als unhympathische Quälgeister, als Gegner seiner Interessen betrachtet. Die gewerkschaftliche Erziehung des jungen Menschen kann so durch die Haltung der Gewerkschaftskollegen selbst gehemmt und gefährdet werden.

Durch die Nebenbeschäftigung des Lehrlings wird der beste Beweis geliefert, wie leicht die Lehrzeit verkürzt werden kann, ohne die Durchbildung des Lehrlings zu gefährden. Durch eine weitgehende Verkürzung der Lehrzeit wären jene egoistischen und gedankenlosen Menschen gezwungen, die Nebenbeschäftigung einzustellen. Sind sie dann außerstande, dem Lehrling die notwendigen Kenntnisse beizubringen, dann sollen sie gefälligst ihre Finger davon lassen und die Erziehung des Nachwuchses für das Gewerbe den wirklich Befähigten überlassen.

Auch die Ferienfrage soll hier nicht unbeachtet bleiben. Alle einsichtigen Männer und Frauen setzen sich in Deutschland für eine gesetzliche Regelung der Ferien für jugendliche Arbeiter ein. Die proletarischen Jugendbünde haben schon wiederholt durch große Kundgebungen, Denkschriften und Forderungen an die Volksvertretung bewiesen, daß die gesetzliche Regelung der Ferienzeit eine dringende Notwendigkeit für unser Volksganzes ist. Aber unsere Reichsregierung sowie der Reichstag läßt nichts von sich hören; der Gesetzesentwurf über die Ferien für Jugendliche und über die Berufsausbildung ist scheinbar in den dunkelsten Winkeln vergraben. Gerade in der Jetztzeit muß der Ruf der Jugend bei allen Volksgenossen widerhallen: **Mehr Jugendschutz!**

Reichs- und Staatsarbeiter

Unerhörte Vorgänge auf der Ostseeinsel Riems. In der Nähe von Greifswald befindet sich innerhalb der Ostsee die Insel Riems, deren Existenz wohl den wenigsten Deutschen bekannt ist. Hier hat der Freistaat Preußen in der Zeit der schlimmsten Inflationsperiode ein Forschungsinstitut errichtet, dessen Einrichtung und Bedeutung für die Wissenschaft weit über den Rahmen der Landesgrenze hinausgehend, als musterträchtig angesehen werden muß. Leider mußten wir die Feststellung machen, daß bei allem Belust, den dieses „Musterinstitut“ vom wissenschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, genießt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der dort beschäftigten Lohnempfänger mehr als miserabel bezeichnet werden müssen. Hier wird durchweg noch 70 Stunden in der Woche gearbeitet, zu Löhnen, die noch weit unter den dort üblichen Löhnen der preußischen Verwaltungsarbeiter liegen. — Während man den Beamten und Angestellten außer den nach der Befoldungsordnung gültigen Gehältern noch eine Inselzulage zahlt, erhalten die Arbeiter noch nicht einmal den Lohn nach der Ortsklasse D, Lohngebiet I, ausgezahlt. Ueberstundenzuschläge sind unbekannte Dinge. — Auch die Bildung eines Betriebsrates hat man bei einer Beschäftigungszahl von rund 150 Arbeitern und Handwerkern bisher sorgfältig unterlassen, so daß die Direktion dieses Instituts hier nach echt pommerisch junkerlichen Verhältnissen schaltete und waltete. Die Insel selbst ist aus hygienischen Gründen von der Außenwelt streng abgeschlossen und jedem Fremden das Betreten unmöglich gemacht. Durch diese Maßnahme war es bisher ungeheuer schwierig, überhaupt mit den dort beschäftigten Arbeitern in Verbindung zu treten. Nach längeren Bemühungen einiger in unserem Verbandsorganisierten Kollegen gelang es endlich, eine Versammlung auf dem Festlande in Grifswald abzuhalten. Da nun die Arbeiter auf der Insel zu dem Besuch dieser Versammlung die Insel verlassen mußten und auf die Beförderungsmöglichkeiten der Insel angewiesen sind, mußte von ihnen um Urlaub für diese Versammlung nachgesucht werden. Nun geriet die Verwaltung in helle Aufregung. Da man aber den Arbeitern schlechterdings diesen Urlaub nicht verweigern konnte, mußte man wohl oder übel die Kollegen auch befördern, damit sie überhaupt eine Möglichkeit hatten, an der Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung war gut besucht, aber nicht allein von den Arbeitern, sondern sie stand auch unter sorgfältiger Aufsicht

von 8 Mitgliedern des Direktionsstabes. Dieselbe Methode, mit der man früher glaubte, die Arbeiter von der Gewerkschaftsbewegung fern zu halten, wollte man auch hier in Anwendung bringen, indem man die Kollegen bedarmundete. Es hat den Herren leider wenig genügt; denn nach einem Referat des Kollegen Scharlau-Berlin wurden noch an demselben Abend 42 Kollegen für die Organisation gewonnen. Heute können wir feststellen, daß diese Zahl auf mehr als 100 angewachsen ist. — Nach Schluß der Versammlung erklärten sich die anwesenden Vertreter in einer Rücksprache mit dem Kollegen Scharlau bereit, die gültigen Löhne für die preußischen Verwaltungsarbeiter auch den Arbeitern der Insel vom 1. März ab zu zahlen. Ebenso versprach man, sofort einen Wahlvorstand zu ernennen, damit eine Betriebsvertretung gebildet werden könne. Wir hielten mit diesen Zusicherungen den Vorgang für erledigt. Anders scheint jedoch die Direktion des Instituts diesen Vorgang zu beurteilen. Der Herr Direktor hielt selbst eine Betriebsversammlung ab, in den er den Wahlvorstand ernannte. Bei dieser Gelegenheit wurden die Verbandsmitglieder abfällig behandelt, und seine Ausführungen endeten mit den Worten: „So, das habt ihr Esel jetzt da für“ — Aber damit nicht genug, jetzt wird gemahregelt, wie es in der wilhelminischen Zeit üblich war. Der Wahlvorstand zur Wahl des Betriebsrates war wohl bestellt worden, man sorgte aber dafür, daß die Wahl selbst nicht stattfand. Nachdem man zunächst den Obmann des Verbandes mahregelte, hat man jetzt hinterher weitere 10 Verbandsmitglieder freistlos entlassen. Als Grund wird stets Betriebsbeschränkung angegeben, obwohl sofort neue Arbeiter eingestellt werden. Wie uns mitgeteilt wird, soll die Betriebsleitung geäußert haben, daß alles „rausfliegen“ würde, was organisiert ist. — Wir haben gegen diese Zustände sofort Beschwerde beim preußischen Landwirtschaftsministerium erhoben und erwarten, daß von dort aus eine strenge Untersuchung eingeleitet wird, um diesem Skandal ein Ende zu bereiten. Die Direktion dieses sogenannten Musterinstituts wird bald zu spüren bekommen, daß mit den von ihr beliebten Methoden die Gewerkschaftsbewegung nicht niederzuknüpfeln ist. Wenn man die letzten Jahre dort verschlafen hat, wird der Direktion klar zu machen sein, daß sich Niemand im Auslande befindet, sondern der Reichsverfassung und der deutschen Gesetzgebung untersteht.

Zwei unerter Listen zu den Wahlen zu den Hauptbetriebsräten ohne Gegenliste glatt gewählt. Alles schon dagewesen, heißt es oftmals, daß aber zwei Hauptbetriebsräte ohne Wahlkampf auf Grund der von unserem Verbands eingereichten Listen von den Wahlvorständen als gewählt bezeichnet werden konnten, ist wirklich noch nicht dagewesen. Auch die gegnerischen Organisationen wissen, was es agitatorisch bedeutet, wenn man aus dem Hauptbetriebsrat eines Ministeriums ausgeschaltet ist. Wir dürfen daher kaum hoffen, daß sie uns noch einmal das Feld kampflös überlassen. Gewiß spielen hier Zufälle eine Rolle. Wir sind deshalb weit davon entfernt, aus dem glatten Verlaufe dieser Wahlen besondere Erfolge für unsere Organisation zu buchen. Aber die eine Tatsache ist auch unseren Gegnern nicht unbekannt, daß unsere Organisation in allen Reichs- und Staatsverwaltungen auf dem Vormarsche begriffen ist und als solche bei einem Wahlkampfe alljährlich an Stimmen gewinnen muß, während die Ausfühler unserer Gegner sich alljährlich verschlechtern. Im Bereiche der Reichsfinanzverwaltung waren für die Wahl zum Hauptbetriebsrat nicht mehr als fünf Listen, drei Angestellten- und zwei Arbeiterlisten, beim Hauptwahlvorstand eingereicht. Wir waren daher auf einen erbitterten Wahlkampf gefaßt. Unsere Kollegen hatten darum auch bereits alle Vorkehrungen getroffen, als vom Wahlvorstand mitgeteilt wurde, daß die christliche Arbeiterliste zurückgezogen sei und demzufolge eine Wahl für Arbeiter nicht mehr in Frage komme. Unsere Liste sei nunmehr den Bestimmungen des BRG. entsprechend gewählt. Es erscheint also, daß die Christen im Bereiche der Reichsfinanzverwaltung doch nur ganz wenige Mitglieder haben und man sich völlig klar darüber war, daß die Wahl eines ihrer Kandidaten unter Arbeitern nicht in Frage kommt. Wenn man dann vorsichtigerweise die Liste zurückzieht, so spart man bekanntlich noch eine Summe Geld für Wahlkosten. Gewählt sind demnach in diesem Ministerium unsere Kollegen Kanfer, Chonnack, Eckstein. — Zur Wahl des Hauptbetriebsrates im preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurde die Liste des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Verbindung mit der christlichen Wirtschaftsliste als unzulässig zurückgewiesen, weil die Liste nicht mit der im Wahlausschreiben vorhergesehenen Anzahl von Unterschriften beglaubigt war. Die beiden Organisationsrichtungen hatten bei der letzten Wahl einen argen Reinfall erlebt, und auf jeder ihrer Listen eine so minimale Stimmenzahl erhalten, daß jede Hoffnung auf Eroberung eines Mandats aussichtslos war. Aber „Einigkeit macht stark“ sagten sich die Braven. Was dem einzelnen von uns bisher unmöglich war, müssen wir jetzt vereint zu erreichen suchen. Wenn man sich auch sonst jahraus, jahrein auf das heftigste beschimpft und bekämpft, das macht nichts. Gegen den bösen Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde flugs die Einheitsfront aller christlichen Angestelltenverbände und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten geschlossen und die Einheitsliste wurde perfekt. Gewissenhaft wurde auch bei der Aufstellung der Liste verfahren, auf der immer ein Christ und ein Christ folgten. Nachdem man so die gesamte Mitgliedschaft auf

der Vorschlagsliste nominiert hatte, reichte wohl die Anzahl der Namen für die notwendigen Unterschriften nicht mehr aus, es waren deren nur vier, statt fünf. Da aber eine liebhabende Gräfin die Liste mit unterzeichnete, hat man wahrscheinlich angenommen, daß diese Unterschrift doppelt zu bewerten sei. Der Hauptwahlvorstand mußte diese Liste für ungültig erklären. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, beabsichtigen die Leittragenden den Klageweg zu beschreiten. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn sich beide „Bundesgenossen“ noch eine zweite Absicht holen wollen. Wir können ihnen aber versichern, daß all ihr Einheitsrummel nicht vermocht hätte, bei einer Wahl an dem Stande der Dinge etwas zu ändern. Die Trauben hängen eben ein bißchen hoch. Der Hauptbetriebsrat in diesem Ministerium ist und bleibt freigewerkschaftlich zusammengesetzt. — Als gewählt gelten für diese Wahlperiode die Kollegen Fischer, Rohde, Berlin; Staats, Kiel; Böttcher, Halle; Didjus, Königsberg; Dinsel, Greifswald, und Kahl, Bonn. Für den Bereich des preußischen Finanzministeriums und des Ministeriums des Innern liegt das Wahlergebnis zurzeit noch nicht vor, jedoch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei der stattgefundenen starken Wahlbeteiligung sich kaum an dem bisherigen Verhältnis etwas ändern dürfte. Soweit sich das Kräfteverhältnis der Organisationen feststellen läßt, hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Position der gegnerischen Organisationen schwächer wird und wir in einer Reihe von Orten weiter Boden gewonnen haben. Diese Feststellung darf aber nicht dazu dienen, uns einer beschaulichen Ruhe hinzugeben, sondern sie muß uns ein neuer Ansporn sein, den letzten Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben zur Mitarbeit für unsere Organisation zu gewinnen.

Verhandlungen für die Arbeiter der Marinewerft Wilhelmshaven und des Marinearsenals Kiel. Die Verhandlungen am 22. März 1927 in Wilhelmshaven sind resultatlos verlaufen. In der Arbeitszeitfrage zeigte der Vertreter der Reichsmarineleitung nicht das geringste Verständnis oder Entgegenkommen. In der Lohnfrage wurde ein Angebot von 4 Pf. für gelernte Arbeiter und 3 Pf. für un- und ungelernete Arbeiter von den Arbeitnehmervertretern als unzulänglich abgelehnt. Die Verhandlungen wurden abgebrochen und das Reichsarbeitsministerium zur endgültigen Entscheidung angerufen.

Landstraßenwärter

Lüneburg und Wiesen. Die Versammlungen der Landstraßenwärter am 20. März 1927 waren gut besucht. Kollege Fuhrmann, Celle, schilderte den Zweck und die Ziele des Verbandes für die Landstraßenwärter. Es wurde dann zur Wahl eines Betriebsrates geschritten. In beiden Versammlungen wurde ein Betriebsrat von 3 Kollegen, dazu 3 Vertreter gewählt. In Wiesen waren 37 Landstraßenwärter anwesend; davon sind 23 Kollegen dem Verband länger angehörig, außerdem fanden 4 Neuaufnahmen statt. Im Kreise Lüneburg standen sämtliche Landstraßenwärter dem Verbande fern. Von 21 Kollegen waren 13 anwesend, die alle dem Verband beitraten. Wir hoffen, in kurzer Zeit die restlichen Kollegen auch noch zu gewinnen.

Aus unserer Bewegung

Burg b. Magdeburg. Auf Grund unserer Eingabe wurden gemäß Magistrats- und Stadtverordnetenbeschluss für die städtischen Arbeiter der Stadt Burg vom 10. Februar 1927 nachstehende Lohnsätze festgelegt: a) männlich: Lohngruppe I 77 Pf., II 66 Pf., III 62 Pf., IV 59 Pf.; b) weiblich: Lohngruppe V 53 Pf., VI 45 Pf., VII 41 Pf., VIII 39 Pf. Die vorstehenden Spitzenlöhne erhalten alle Arbeiter im Alter über 21 Jahre. Sämtliche angeführten Lohngruppen sind mit Wirkung ab 1. Januar 1927 in Kraft getreten. Die Lohnerhöhung beträgt 6 bis 8 Pf. für die Stunde für sämtliche Gruppen einschließlich der Frauen. Ferner wird zu diesen Sätzen ein Hausflands- und Kindergeld von je 3 Pf. für die Stunde gewährt. Burg gehörte früher zur Ortsklasse B des Mitteldeutschen Tarifgebietes. Burg ist nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes, sondern infolge Unstimmigkeiten, die sich aus dem Streik der Gemeindearbeiter von 1924 ergaben, ausgetreten. Der Austritt erfolgte besonders deshalb, weil der Arbeitgeberverband in den Vorverhandlungen sowohl als auch während des Streikes ein tragbares Entgegenkommen vermissen ließ. Es wurde schon deshalb während des Streikes eine Art Sonderabkommen getroffen. Die Mehrheit der Arbeitervertreter im Bürgerstadtparlament wollte sich ferner nicht der Gefahr aussetzen, daß die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe wegen unzureichender Löhne in einen Streik treten müssen. Sie verlangte, daß die Arbeiter auf Grund und Art der schweren Arbeit tragbare Löhne auf dem Wege der Verhandlungen festgelegt bekommen.

Ludwigshafen. In gutbesuchter Versammlung referierte Bauleiter Humd über das Arbeitsgerichtsgesetz und seine Bedeutung für die Gemeinde-, Reichs- und Staatsarbeiter. Koll. Will sprach dann über unsere Lohnforderungen. Die Gauleitung hat beschlossen, zur Linderung der Not eine 15prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Koll. Will glaubt, daß mit der eingereichten Lohnforderung, die allerdings niedrig genug bemessen ist, die Kollegenschaft vorerst einverstanden sein könnte. Er hoffe, daß alle nicht organisierten Kollegen restlos dem Verbands beitreten und alle in kommunalen, Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten oder anderweitig organisierten Kollegen sich ebenfalls unserem Verbands anschließen, weil dieser allein Tarifkontrahent ist. Die Versammlungsteilnehmer stimmten einmütig den Ausführungen des Referenten zu. — Unter Verbandsangelegenheiten teilte Kollege Will mit, daß innerhalb der Filiale eines Ortsgruppe des Reichsbundes der Beamten und Angestellten in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen (RWB) errichtet worden ist. Den Vorsitz in der neuen Ortsgruppe hat Kollege Haag übernommen, als Schriftführer fungiert der Filialschriftführer, Kollege Wagner. Beisitzer ist Kollege Michel. Die Kassengeschäfte werden selbstverständlich von dem Filialkassierer, Kollegen Humm, mit ausgeführt. Dadurch ist den Kollegen, die in das Beamtenverhältnis emporrücken, eine starke Vertretung innerhalb unseres Verbandes geboten.

Rundschau

Die Reichskonferenz der Demog-Gesellschaften und Verbandstag der Baugenossenschaften am 12. März in Berlin war von 35 Vertretern aus allen Bezirken besucht. Der Leiter der Demog, Architekt Linneke, gab einen Bericht über den Stand der Bewegung und erläuterte dann die weiteren Pläne der Demogarbeit. Dieser Bericht zeigte, daß die neue, auf die freien Gewerkschaften gestützte Wohnungsfürsorgeorganisation bereits gute Erfolge erzielt hat. Mehr als 3100 Wohnungen sind bisher fertiggestellt worden, bzw. gehen ihrer Vollendung entgegen. Vertikale bzw. bezirkliche Gesellschaften, die jeweils von den Baugenossenschaften, Gewerkschaften, Mieterorganisationen, Kommunen und der Demog gegründet worden sind, bestehen in Berlin eine für Berlin und eine für die Provinz Brandenburg, in Königsberg, in Frankfurt a. M., München, Augsburg, Rostock, in Leipzig und für Mecklenburg mit dem Sitz in Schwerin. Ferner sind angegeschlossen: Dessau, Stettin. Weitere Gesellschaften ähnlicher Art bestehen in Hamburg, Essen und Magdeburg. In Gründung sind Breslau, Dresden, Bremen, Oldenburg, Flensburg. Die Folgezeit soll nach den Ausführungen des Genossen Linneke insbesondere dem organisatorischen Ausbau und der Stärkung der Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Gesellschaften und der Demog als Zentrale gewidmet sein. Ein intensiver Erfahrungsaustausch soll den einzelnen örtlichen und bezirklichen Gesellschaften ermöglichen, ihre Arbeit immer fruchtbarer zu gestalten. — Die dem Berichte der Zentrale folgenden Berichte über die Arbeit der einzelnen örtlichen Gesellschaften, die von den örtlichen Vertretern sehr ausführlich gegeben wurden, ergaben ein anschauliches Bild von dem erfolgreichen Wirken der Organisation, die sich innerhalb des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues bereits eine achtunggebietende Stellung erobert hat. — Im weiteren Teil der Konferenz wurden Organisationsfragen beraten und das Verhältnis zur Baugenossenschaftsbewegung besprochen. Schließlich wurde das Problem der Spätaktivität für den Kleinwohnungsbau diskutiert. Am Nachmittag fand eine Rundfahrt durch die Großsiedlungen Britz und Fehlsdorf, die von der Berliner Tochtergesellschaft der Demog, der Gehag (Gemeinnützigen Heimstätten Spar- und Bau-V.G.) erbaut werden, statt. Die eine umfaßt mehr als 1000, die andere 500 Wohnungen an einem Bauplatz. — Am 13. März eröffnete Syndikus Astor, als einer der bisherigen Vorsitzenden, den Verbandstag des Revisionsverbandes der Baugenossenschaften, an welchem etwa 65 Delegierte teilnahmen. Nach der Berichterstattung über die bisherige Arbeit wurde ein neuer Vorstand gewählt. Ferner wurden die Satzungen des Verbandes umgestellt. Zum Vorsitzenden wurde Architekt Linneke gewählt und zu seinen Stellvertretern Geschäftsführer Fromm, Berlin, und Architekt Klement, Hamburg. Aus den Satzungsänderungen ist wichtig, daß der Name des Revisionsverbandes künftig lautet: „Revisionsverband der gemeinnützigen Baugenossenschaften.“ In der Debatte kam eindeutig zum Ausdruck, daß jeder daran mithelfen müsse, daß die Gewerkschaften sich noch stärker als bisher der Wohnungsfrage annehmen und daß alle auf unfertig Boden stehenden Baugenossenschaften in ein Verhältnis zur Demogorganisation gebracht werden. Insbesondere müßten alle Gewerkschafter, soweit sie im Wohnungswesen tätig sind, oder auf dem Gebiete etwas unternehmen wollen, stets mit der Demog in Fühlung stehen, damit überall im Sinne der Gesamtbewegung gearbeitet werden kann. — Dem Referat des Genossen Groß über „Hausbewirtschaftung“ folgte eine rege Diskussion. Es wurde festgestellt, daß die Zeitschrift der Demog, die „Wohnungswirtschaft“, die praktischen Fragen der Haus- und Wohnungswirtschaft demnächst näher behandeln soll. Als Tagungsort für den nächsten Verbandstag wurde Hamburg festgesetzt.